

Landesrat der Eltern Brandenburg
Wolfgang Seelbach
Kastanienstr. 23
14624 Dallgow-Döberitz

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1450
Fax 0331 966-1407
E-Mail pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
Internet www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Bankverbindung
Commerzbank Potsdam
IBAN DE84 1604 0000 0100 4845 00
BIC COBADEFF160

Potsdam, 30.06.2014

Sehr geehrter Herr Seelbach,

bitte entschuldigen Sie, dass unsere Antwort zum Thema „Schulsozialarbeit“ etwas auf sich hat warten lassen. Wir haben Ihre Anfrage zu einer intensiveren Diskussion in der Fraktion genutzt. Gern möchte ich Ihnen heute das Ergebnis dazu mitteilen.

Wir wissen um die zunehmende Bedeutung von Schulsozialarbeit, deren Mischfunktion zwischen Jugendsozialarbeit und Schule sich nicht auflösen lässt. Deshalb ist es richtig die schulische als auch die außerschulische Jugendarbeit stets in einem regionalen Zusammenhang zu sehen.

Das achte Sozialgesetzbuch bestimmt die Landkreise bzw. kreisfreien Städte zum örtlichen Träger der Jugendhilfe. Damit besitzt jeder Landkreis die Zuständigkeit für Schulsozialarbeit und kann in eigener Verantwortung in seinem Jugendhilfeplan die Schwerpunkte der Jugendarbeit festlegen. Unterstützt werden die Kommunen bei dieser Aufgabe durch das Land mit dem 510-Stellenprogramm, das die Kommunen verpflichtet mindestens ein Viertel der Stellen in der Schulsozialarbeit einzusetzen.

Das Land trägt dagegen die alleinige Verantwortung für das Bildungssystem. Dieses weist in Brandenburg leider zahlreiche Baustellen auf. Dazu gehören unter anderem der Umgang mit dem zunehmenden Lehrkräftemangel, die unzureichende Umsetzung von Inklusion und die damit verbundenen zusätzlichen Ressourcen, die Steigerung der Bildungsqualität an Schulen, die Verbesserung der Situation der frühkindlichen Bildung oder auch der zu hohe Unterrichtsausfall. Diese Probleme müssen durch die Landesregierung engagiert angegangen werden. Wir sehen es deshalb derzeit als unseriös an, die freiwillige Übernahme der gesamten Verantwortung für Schulsozialarbeit durch das Land zu versprechen, bevor diese Aufgaben und schwerwiegenden Probleme gelöst wurden.



Aus meiner Sicht kann jedoch auch das Land nicht den grundsätzlichen Bedarf von Schulsozialarbeit ignorieren. Es muss über eine Ausweitung des 510-Stellenprogrammes nachgedacht werden und ich würde mir wünschen, dass diese zusätzlichen Stellen dann mit der Verpflichtung versehen werden, die zusätzlichen Mittel in Schulsozialarbeit zu investieren. Aber auch hier müssen zunächst die originären Aufgaben im brandenburgischen Bildungssystem gelöst werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Hoffmann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Gordon Hoffmann
Bildungspolitischer Sprecher